

## Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Nachtragshaushalt 2015

- es gilt das gesprochene Wort –

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die bisherige Diskussion hier zeigt ja, dass wir uns wirklich schon Monate lang und lange, sehr lange mit diesen Vorgaben befassen, dass wir Kontakte zum Land, zu anderen Kommunen aufgenommen haben, dass wir gehört haben, was die Kommunalen Spitzenverbände sagen und zumindest die Fachleute sagen alle, dass was da vom Land Hessen gemacht wird, ist letztlich nicht akzeptabel.

Meine Damen und Herren, wir haben uns in der letzten Stadtverordnetenversammlung gegen die Vorlage der Verwaltung des Magistrats und auch gegen den SPD-Antrag, nein damals war's der CDU-Antrag, sorry, ausgesprochen und das werden wir auch entsprechend machen in umgekehrter Konstellation. Wir meinen, dass unsere Argumente nach wie vor tragen und ich sag Ihnen ganz ehrlich, bei allen Verrechnungen, bei allen Vorstellungen was passiert wann, das haben wir wirklich monatelang durchgedacht. Bei allem das, was wir da gemacht haben, haben wir sehr viel Energie vergeudet, da bewegt sich einer nicht und der sitzt in Wiesbaden und hat im Landkreis hoffentlich noch seinen Wohnsitz. Der Rest, wir können machen was wir wollen, wir können argumentieren wie wir wollen und letztlich ist das ein Monolith, ein Stein, der hat sich was in den Kopf gesetzt und das will er durchsetzen. Wir merken, dass wir ja in unseren Gedanken schon so weit sind, dass wir sagen, naja, das, was die im Landtag beschließen wollen, das gilt für uns jetzt schon. Das ist also schon alles festgezurr, ich hab das in den Stellungnahmen der beiden großen Fraktionen eben festgestellt. Man gibt eigentlich schon nach und sagt, wie stell ich mich auf so einen ein oder auf so eine Vorgabe der Landesregierung ein, um Schaden von Stadtallendorf abzuwenden. Da haben wir die Nuancen, die wir eben festgestellt haben, wo ich kein Verständnis dafür habe. Da muss man Fisch oder Fleisch sein, hier kann man sich eigentlich nicht enthalten bei sowas.

Meine Damen und Herren, das Problem, was wir eigentlich haben ist, dass sehr viel Investitionsmaßnahmen in Stadtallendorf in Angriff genommen worden sind. Das kostet viel Geld. Ich erinnere nach wie vor an die durch unsere Fraktion sehr kritisch gesehene Maßnahme der Errichtung des Baubetriebshofs und ich erinnere auch an das Hallenbad. Wir, Sie waren bei den Beschlussfassungen alle von Planungssicherheit ausgegangen. Unsere Investitionsentscheidungen beim Hallenbad und Bauhof sind für die verschiedenen durchweg unrichtigen Berechnungen des Ministers bedeutungslos. Sie sind bedeutungslos und grob übergangen. Man lässt uns damit im Regen stehen. Planungssicherheit für jemanden, der angefangen hat was zu bauen, ist ja noch ein Teil, ist ja noch nicht fertiggestellt. Diese Planungssicherheit spielt zumindest bei der Hessischen Landesregierung in dem was uns hier vorgegeben wird überhaupt keine Rolle. Uns fallen die Investitionsentscheidungen damit auf die Füße, weil in Wiesbaden grobschlechtig der kommunale Finanzausgleich und die kommunalen Finanzen Hessens geregelt werden sollen nach dem Motto „Augen zu und durch“, „ich

kümmere mich nicht um Einzelheiten“. Erfolgreiche Kommunen wie Stadtallendorf sollen geschöpft werden, werden mit ihren Investitionsentscheidungen alleine gelassen und sollen zu allem Überfluss die von Herrn Schäfer und der Hessischen CDU-Grünen-Landesregierung bewirkten Zahlungen – wir sollen ja Steuererhöhungen umsetzen, um das leisten zu können – auch noch den Bürgern und der Wirtschaft gegenüber von uns gerechtfertigt werden. Wir, um es klar und deutlich zu sagen, wir Kommunalpolitiker sollen für den Murks, den die Hessische Landesregierung ausgebadet hat, dem Bürger gegenüber entgetreten. Wir sollen das ausbaden. Wir sollen die Steuererhöhungen bei Gewerbesteuer und Grundsteuer nach außen vertreten und statt der Hessischen Landesregierung teilweise persönlich die Prügel vor Ort beziehen. Wer sich mal so die Reaktionen auf den Pressebericht von dem Herrn Schäfer oder der Mitteilung des Herrn Schäfer, was er da gesagt hat, die Reaktion so vor Augen führt, der weiß ja schlichtweg, wer kriegt denn das ab. Hier, wir, die wir hier sitzen und der Magistrat. Uns glaubt draußen keiner. Oder es verstehen auch die wenigsten Leute, dass wir da relativ wenig mit zu tun haben.

Meine Damen und Herren, genau dem treten wir entgegen. Wir benennen Ross und Reiter. Ross ist die CDU-Grüne Landesregierung, der Reiter, der die Zügel führt und alles grob zusammenreitet, was an kommunaler Familie und an kommunaler Selbstverwaltung existiert, ist der Finanzminister. Beim Finanzminister und bei der Landesregierung liegt eindeutig die Verantwortung. Um dies deutlich nach außen kundzutun und die Verantwortung da zu verorten wo sie ist, werden wir dem Nachtragshaushalt und damit auch dem Änderungsantrag aus Protest gegen die Vorgaben der Hessischen Landesregierung heute hier nicht zustimmen. Wir fühlen uns in der Kritik an der Ausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs durch die Experten durch die verschiedensten Anhören auch im Hessischen Landtag gegen die Vorgaben der Landesregierung gestärkt. Der im Landtag vorgelegte Gesetzentwurf der Landesregierung löst nämlich die Kommunen die kommunalen Probleme nicht. Er ist leistungsfeindlich für gut wirtschaftende Kommunen, also für uns zum Beispiel. Wird zu massiven Steuererhöhungen für Bürger und Gewerbe führen und beschneidet damit die kommunale Selbstbestimmung der Stadtparlamente, Gemeindeparlamente empfindlich. Für die Bürgerinnen und Bürger hat der Entwurf, den wir ja spätestens zum Haushalt 2016, das ist eben auch schon mal angesprochen worden, komplett umsetzen sollen, vor allem mit der massiven Erhöhung der Gemeindesteuern dramatische Auswirkungen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird in den Kommunen, die ohnehin durch die Erlasse des Innenministers rotierende Steuererhöhungsschraube noch erheblich beschleunigen. Und Grund- und Gewerbesteuer für Hausbesitzer und Mieter in die Höhe treiben. Wer von bezahlbarem Wohnraum spricht auf der anderen Seite, aber die Nebenkosten in die Höhe treibt, verliert eigentlich jede Glaubwürdigkeit.

Wir Freie Demokraten kritisieren das am Rande erwähnt auch die vorgenommenen Abschläge für den Bedarf der Pflichtaufgaben. Meine Damen und Herren, was da an Abschlägen ist, also, keine Gemeinde oder Stadt kann schon, schon gar nicht Stadtallendorf, kann die gesetzlich vorgegebenen Pflichtaufgaben nur zu 90 % erfüllen. Daher sind doch die Abschläge auf die Pflichtaufgaben für uns in dem Entwurf, was da auf uns zukommen soll, nicht nachvollziehbar. Wir kritisieren die Einführung der sog. Solidaritätsumlage, das ist ja der Hauptgrund des heutigen Nachtragshaushalts. Ich wiederhole das, was ich schon angesichts des Ursprungshaushalts für die FDP-Fraktion hier erklärt habe. Durch das Alsfelder Urteil

des Verwaltungsgerichtshofs sind sämtliche kommunalen Spitzenverbände und auch die kommunalen Akteure vor Ort alle davon ausgegangen, dass das Land Hessen endlich seiner Verpflichtung nachkommen soll, mehr Geld, also Geld des Landes Hessen zur Finanzierung der kommunalen Selbstverwaltung aufzuwenden. Das hat die Hessische Landesregierung eindeutig vermieden.

Die Landesregierung hat einen Umverteilungsmechanismus unter den Kommunen in Gang gesetzt bei dem die Erfolgreichen verlieren, bei dem jeder nur sieht, wie er an das Geld es Anderen kommt und bei dem wohl aus dem Blick verlieren soll, dass das Land Hessen sich, Herr Bürgermeister, einen schlanken Fuß macht und an der Finanzierung nicht beteiligt. Es gibt sogar Berechnungen, ich kann die alle nicht nachvollziehen, aber es gibt Berechnungen, die nachvollziehen oder die darlegen, dass weniger Geld vom Land sogar aufgewandt wird.

Die FDP-Fraktion sieht sich bei ihrem Protest gegen die Vorgaben der Hessischen Landesregierung natürlich sieht bei ihrem Protest natürlich die Verpflichtung der Verwaltung und des Bürgermeisters. Von dort ist nichts anderes zu erwarten als die Verwaltung in Ordnung zu halten und versuchen, Steuererhöhungen in verschiedenen Bereichen zu initiieren. Die FDP-Fraktion sieht auch die besondere Situation auf Seiten SPD und CDU, die jeweils mit eigenen Vorgaben versuchen, die Auswirkungen der Landesvorgaben in Stadtallendorf zu minimieren. Wir meinen aber, dass nach außen auch deutlich und klar eine Proteststimme gesandt werden muss. Es kann nicht sein, dass wir uns von Herrn Schäfer, Herrn Bouffier und Herrn Al-Wazir wie Trottel durch die Arena ziehen lassen und dann auch noch den Spott des Publikums ertragen sollen. Mit Spott meine ich genau das, was nach den Presseartikeln passiert ist, dass man dem sagt: „Wie will man euch denn abnehmen, der Minister behauptet, es ist viel Geld da, ihr habt ein Ausgabenproblem, ihr seid doch diejenigen, die die Steuern beschließen, ihr seid doch jenen, die das machen! Wer soll euch denn glauben, wenn ihr sagt, peh damit haben wir nichts zu tun, da sind wir nicht für verantwortlich!“ Diesen Spott, den dürfen wir nicht auf uns ziehen. Wir müssen ganz klar sagen, wer verantwortlich ist.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde sehen Sie bitte unsere Neinstimme zu diesem Haushalt als eindeutigen Protest gegenüber der Hessischen Landesregierung. Wir können es nicht verantworten, dass in Stadtallendorf von großen Industriebetrieben über Arbeitsplatzabbau und teilweise Betriebsverlagerung geregelt wird. Wir können es aber und das kommt bei der Diskussion überall viel zu kurz, insbesondere auch nicht dem Kaufmann, dem Handwerker, den Händlern und den Gewerbetreibenden gegenüber verantworten, wenn aufgrund der Entscheidungen aus Hessen die mit Gewerbesteuerbeträgen belastet werden und zur Kasse gebeten werden, die deutlich erhöht sind. Hier kommt es teilweise auch mal auf 5.000 oder auf 7.000 € an, das sollten wir nicht vergessen.

Wir können es auch den Eigentümern von Wohn- und Miethäusern, aber auch den Mietern gegenüber nicht verantworten, wenn aufgrund der Vorgaben der Hessischen Landesregierung die Grundsteuern erhöht werden und sich damit direkt auf die Zahlungsverpflichtung für die Eigentümer, aber auch indirekt auf die Betriebskostenerhöhungen auf Seiten der Mieter auswirken. Alles marschiert nach oben. An alle geht von der FDP-Fraktion die eindeutige Botschaft aus, dass wir mit unserem Protest die Verantwortlichen in Wiesbaden eindeutig benennen wollen. Und wenn Herr Schäfer dann noch in der Presse versucht, der Kommune die

Verantwortung zuzuschieben, in dem er meint, die Stadt hätte ein Ausgabenproblem und habe zu viel Geld auf ihrem Festgeldkonto, zeugt dies, das haben wir ja umfangreich diskutiert, einerseits davon, dass Herr Schäfer nur medienwirksam Polemik gemacht hat und wesentliche Zusammenhänge – wir vermuten mal – nicht ganz verstanden hatte. Er mischt sich in eine Diskussion ein, die letztlich nur Zwietracht sät und bringt mit unrichtigen Darstellungen uns dazu, von dem eigentlich Verantwortlichen abzulenken. Wir haben in langen Sitzungen, letztmalig am Dienstag, uns umfangreich versucht, ich sag auch versucht, mir ist es auch schwer gefallen, alles zu verstehen, mit der schwierigen Problematik zu befassen und sind uns wahrscheinlich alle einig, dass der Minister hier mit Zahlen operiert, die für keinen Fachmann seriöserweise nachvollziehbar sind. Wir werden nicht akzeptieren, dass der Minister Zwietracht und Neid unter den Kommunen sät und dann auch noch mit unrichtigen, unseriösen Zahlen zusätzlichen Zwietracht zwischen Stadtallendorf und den Bürgern sät. Oder zu säen versucht.

Meine Damen und Herren, das alles soll mich aber nicht davon abhalten, denjenigen, die an der Erstellung des Haushalts beteiligt waren, unseren Dank und unsere Hochachtung auszusprechen. Wir wissen, dass Sie seriös und gut gearbeitet haben. Wir bedanken uns für die umfangreichen Anmerkungen und Erläuterungen zu dem Haushalt und Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für ihr geduldiges Zuhören.